

Steinberg, Guido

Research Report

Wer sind die Salafisten? Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung

SWP-Aktuell, No. 28/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Steinberg, Guido (2012) : Wer sind die Salafisten? Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung, SWP-Aktuell, No. 28/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255048>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wer sind die Salafisten?

Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung

Guido Steinberg

Seit einigen Jahren ist in Wissenschaft, Politik und Medien immer häufiger die Rede vom Salafismus als einer Spielart des (sunnitischen) Islamismus. Erst kürzlich rückten die Koranverteilung in vielen deutschen Städten und die Auseinandersetzung mit Pro NRW die Salafisten ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Im Nahen und Mittleren Osten gewinnen Salafisten unterdessen infolge des Arabischen Frühlings 2011 auch politisch an Einfluss. Dies zeigt sich etwa dort, wo autoritäre Führungen gestürzt worden sind und Islamisten und Salafisten Parteien bilden und an Wahlen teilnehmen. Darüber hinaus machen die Salafisten den herkömmlichen Islamisten auch in der Diaspora zunehmend Konkurrenz – nicht zuletzt in Deutschland. Dabei sind Salafisten nicht notwendigerweise radikaler als herkömmliche Islamisten. Ihre verschiedenen Strömungen verfolgen zwar alle das gemeinsame Ziel, muslimisches Leben nach dem Vorbild des Propheten Muhammad und seiner frühen Gefolgsleute zu erneuern. Doch sind sie sich uneins darüber, mit welchen Methoden dieses Ziel erreicht werden soll.

Seit den Attentaten des 11. September 2001 wird der Begriff Salafismus immer häufiger verwandt, um eine zuletzt schnell wachsende islamistische Strömung zu bezeichnen. Der Salafismus, auch »traditioneller Islamismus« oder »Neofundamentalismus« genannt, wird von vielen Muslimen und seit einigen Jahren auch in der islam- und regionalwissenschaftlichen Forschung als eigenständiges Phänomen betrachtet. Seit 2011 wird nun allzu deutlich, dass der Salafismus nicht nur ein Thema für die Islamforscher ist, sondern zunehmend auch politische Relevanz hat.

Was wollen die Salafisten?

Salafisten zielen darauf ab, die idealisierte Gesellschaft des Urislam, wie sie im Mekka und Medina des 7. und 8. Jahrhunderts existiert haben soll, zu neuem Leben zu erwecken. Sie orientieren sich an den frommen Altvorderen (*as-salaf as-salih*, daher die Bezeichnung Salafismus), den Gefährten des Propheten Muhammad und ihren Nachfahren, die nach ihrer Ansicht dank der räumlichen und zeitlichen Nähe zum Propheten ein besonders gottgefälliges Leben führten. Informationen zum Frühislam entnehmen sie einem eng umgrenzten Korpus an Texten: dem Koran und der Sunna, der Sammlung der überlieferten Aussagen

und Taten des Propheten Muhammad. Die einzelne Überlieferung, *hadith* genannt, steht meist im Mittelpunkt der salafistischen Bemühungen um die reine Lehre. Denn anhand dieser Texte meinen die Salafisten, Glaube und Lebensweise der frommen Altvorderen detailgenau rekonstruieren zu können.

In ihren politischen Ordnungsvorstellungen geht es den Salafisten um die Durchsetzung ihrer Interpretation des islamischen Rechts, der Sharia. Dies hat politische, justizielle und rechtliche Konsequenzen und zielt auf einen grundlegenden Wandel des sozialen, kulturellen und ökonomischen Lebens nach dem Vorbild der (salafistischen Sicht der) Gesellschaft zur Zeit des Propheten und seiner Gefährten.

Wie die saudi-arabischen Wahhabiten berufen sich die Salafisten auf die Pflicht jedes Muslims, »das Gute zu gebieten und das Schlechte zu verbieten« (*al-amr bi-l-ma'ruf wa-n-nahy 'ani l-munkar*), die im Koran (Sure 3, Verse 104 und 110) festgeschrieben ist und die viele muslimische Reformbewegungen zur Maxime ihres Handelns gemacht haben. Nach Ansicht der Salafisten ist demnach jeder Muslim aufgerufen, die in Koran und Sunna enthaltenen Gebote und Verbote der Religion in der gesellschaftlichen Praxis zu befolgen.

Man erkennt Salafisten häufig an ihrem Äußeren: So trimmen sie ihre Oberlippenbärte, rasieren jedoch ihre Kinnbärte nicht, tragen knöchellange Gewänder und putzen ihre Zähne mit einem Stöckchen einer bestimmten Holzart in dem Bestreben, Aussehen und Lebensart des Propheten möglichst getreu zu imitieren.

In vielen Aspekten ihrer Ideologie verschwimmen die Grenzen zu den Islamisten, die primär auf die Errichtung islamischer Staaten hinarbeiten und sehr viel stärker an Politik als an der Doktrin orientiert sind. Die Salafisten neigen indes dazu, sich von andersgläubigen Muslimen scharf abzugrenzen – zu denen aus ihrer Sicht auch die Islamisten gehören. So kritisieren viele Salafisten, dass Islamisten wie die Muslimbrüder in Ägypten, Jordanien oder den

palästinensischen Gebieten an Wahlen teilnehmen und versuchen, über den politischen Prozess an die Macht zu kommen – und dabei, so der Vorwurf, die reine Lehre hintanstellen. Salafisten pflegen ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber politischer Aktivität und fordern stattdessen eine Reform des Glaubens und der Gesellschaft.

Typologie des Salafismus

Drei Typen salafistischer Gruppierungen lassen sich unterscheiden, die je spezifische Herausforderungen für die Politik mit sich bringen: erstens die Puristen, zweitens die politischen Salafisten und drittens die salafistischen Jihadisten.

Puristen

Den Puristen geht es (zunächst) lediglich um die reine Lehre des Islam und ein gottgefälliges/islamkonformes Leben von Individuum und Gesellschaft. Der albanisch-syrische Gelehrte Nasir ad-Din al-Albani (1914–1999), der als ihr großer Vordenker gilt, hat bis heute weltweit viele Anhänger.

Albani war vor allem bestrebt, durch die Hadith-Forschung ein noch genaueres Bild der islamischen Frühzeit zu gewinnen, um auf dieser Basis die korrekte Glaubenslehre (*aqida*) zu vermitteln und den Muslimen so ein gottgefälliges Leben zu ermöglichen. Obwohl auch Albani letzten Endes einen islamischen Staat begründen wollte, ging es ihm primär um die Reinheit der Lehre, die Läuterung des Individuums und die Reform der Gemeinschaft der Muslime. Den politischen Aktivismus der Muslimbrüder oder anderer salafistischer Strömungen lehnte Albani dagegen ab. Besonders kontrovers war eines seiner Rechtsgutachten (*fatwa*, pl. *fatawa*) zum israelisch-palästinensischen Konflikt, in dem er die Palästinenser aufforderte, ihr Heimatland zu verlassen. Ihre höchste Priorität, argumentiert Albani, müsse ein islamkonformes Leben sein. Da dies unter israelischer Besatzung nicht möglich sei, müssten sie in islamisch geprägte Länder auswandern. In jedem Fall

sei der Glaube wichtiger als das Land Palästina. Deutlicher als mit einem solchen Gutachten kann man in der arabischen Welt seine Politikferne nicht zum Ausdruck bringen.

Die bedeutsamste puristische Organisation ist die Predigerbewegung Tablighi Jamaat (»Missionsgruppe«). Dabei handelt es sich um eine betont apolitische Gruppierung, die in den frühen 1920er Jahren in Nordindien gegründet wurde. Zwar hat sie ihr geistiges Zentrum nach wie vor im nordindischen Saharanpur und ist mit Schwerpunkt in Südasien aktiv. Doch mittlerweile hat die Tablighi Jamaat ihren Aktionsradius erweitert und gilt als eine der weltweit erfolgreichsten transnationalen muslimischen Organisationen. Ihr erklärtes Ziel ist es, Muslime zur ursprünglichen Frömmigkeit ihrer Vorväter hinzuführen. Sie fällt besonders durch ihre Missionstätigkeit auf. Ihre Mitglieder ziehen in kleinen Gruppen durch die Lande und versuchen Glaubensgenossen für ihre Islaminterpretation zu gewinnen. Dabei werden sie von stärker politisch orientierten Salafisten teils heftig kritisiert.

Politische Salafisten

Die politischen Salafisten verbinden die Forderung nach einer Einführung der Shari'a und einem gottgefälligen Leben mit einer deutlich politischen Agenda. Wie die Islamisten fordern sie einen islamischen Staat, doch legen sie sehr viel mehr Wert darauf, dass dieser auf einer (nach ihrer Lesart) korrekten Islaminterpretation basiert. Ihnen fehlt ein so prominenter Vordenker wie Albani, doch lassen sich die Grundzüge ihres Denkens am geistigen Werdegang des Syrers Muhammad b. Surur Zayn al-Abidin (geboren 1938) exemplarisch aufzeigen, des vielleicht wichtigsten Wegbereiters des politischen Salafismus.

Muhammad Surur hatte seine Karriere als Mitglied der syrischen Muslimbruderschaft begonnen. In den 1960er Jahren hatte er sich jedoch von ihr distanziert, nachdem er Anhänger der revolutionären

Gedanken des Ägypters Sayyid Qutb (1906–1966) geworden war. Dieser hatte das damalige ägyptische Regime für ungläubig erklärt und den bewaffneten Kampf gegen den Staat als einzige islamkonforme Handlungsoption dargestellt. Der überwiegenden Mehrheit der syrischen Muslimbrüder waren diese Ideen zu radikal. Muhammad Surur orientierte sich außerdem an der Glaubenslehre der saudi-arabischen Wahhabiya und kritisierte die syrischen Muslimbrüder für ihre Vernachlässigung doktrinärer Fragen – wie zum Beispiel ihre Toleranz gegenüber heterodoxen islamischen Mystikern, den sogenannten Sufis.

1968 sagte sich Muhammad Surur von der Muslimbruderschaft los. Zuvor hatte er sich bereits drei Jahre in Saudi-Arabien aufgehalten, wo er unterrichtete und an einer Synthese des Denkens von Qutb und dem der Wahhabiya arbeitete. In seinem Umfeld bildete sich eine Gruppe von Adepten, die sich selbst »Salafiyun« (= Salafisten) nannten. Zu seinen Schülern gehörten unter anderem Safar al-Hawali und Salman al-Awda, die in den frühen 1990er Jahren zu wichtigen Galionsfiguren der islamistischen Opposition in Saudi-Arabien wurden und unter Salafisten weltweit bekannt sind.

Die Aktivitäten der politischen Salafisten können ganz unterschiedliche Formen annehmen. In Saudi-Arabien wandten sich junge Gelehrte wie Hawali und Awda ab 1990 gegen das Regime der Familie Saud, nachdem diese amerikanische Truppen zum Schutz vor einem möglichen irakischen Angriff ins Land gerufen hatte. Die beiden Prediger waren Vertreter einer islamistischen Oppositionsbewegung, die vor allem gegen die pro-amerikanische Sicherheitspolitik der Regierung und die Korruption und Prunksucht der Herrscherfamilie aufbegehrte. Als der saudi-arabische Staat 1993 damit begann, die Opposition niederzuschlagen, wurden diese Gelehrten inhaftiert und erst 1999 freigelassen.

In anderen Ländern nehmen die politischen Salafisten an Wahlen teil und versuchen auf diese Weise, ihren Forderungen nach islamkonformen Gesetzen Gehör zu

verschaffen. Lange Zeit war Kuwait das einzige Land, in dem Salafisten eine wichtige Rolle in einem Parlament spielten bzw. spielen konnten. Im Gefolge der Umstürze von 2011 zeigte sich aber, dass auch Salafisten in anderen arabischen Ländern durchaus bereit sind, sich trotz weit verbreiteter Vorbehalte an Wahlen und am politischen Prozess zu beteiligen. Bei den Parlamentswahlen in Ägypten 2011/2012 traten erstmals mehrere salafistische Parteien unter der Führung der Partei des Lichts (Hizb an-Nur) an und gewannen auf Anhieb gut ein Viertel der Stimmen. Sie stellten auch einen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Mai 2012 auf – für salafistische Gruppierungen ein Novum –, doch wurde dieser gemeinsam mit einem der Bewerber der Muslimbruderschaft und anderen aus (vorgeblich) formalen Gründen von der Kandidatenliste gestrichen.

Viele politische Salafisten befürworten unter bestimmten Bedingungen politisch motivierte Gewalt. Ein Teil von ihnen hält in der Tradition von Sayyid Qutb den Kampf gegen unislamische Regime in der islamischen Welt für legitim. Darüber hinaus billigen die politischen Salafisten (wie auch viele Islamisten) den bewaffneten Kampf in muslimischen Ländern, die – wie beispielsweise Afghanistan, Tschetschenien, Kaschmir und Palästina – von Nichtmuslimen beherrscht werden. Hier gibt es eine große Schnittmenge zwischen ihren Standpunkten und denen der jihadistischen Salafisten.

Jihadistische Salafisten

Für jihadistische Salafisten steht der zum Heiligen Krieg überhöhte bewaffnete Kampf im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns. Zwar sind nicht alle Jihadisten tatsächlich auch Salafisten, doch hat sich die Verbindung beider Ideologien in den Jahren nach 2001 verfestigt. Die Geschichte des Jihadismus seit den 1970er Jahren ist geprägt von einer schier endlosen Abfolge von Debatten über das legitime Ausmaß und die legitimen Ziele politisch motivier-

ter Gewalt. Im Laufe dieser Debatte hat sich die jihadistische Szene ausdifferenziert. Insgesamt kann man drei Denkschulen abgrenzen, die den jihadistischen Salafismus bis heute prägen und dabei in verschiedenen Phasen besonders wirkmächtig waren: die Nationalisten, die klassischen Internationalisten und die antiwestlichen Internationalisten.

Die *Nationalisten* beschränken sich auf den Kampf gegen das Regime des jeweiligen arabischen Heimatstaates – den »nahen Feind«, wie es im Jargon der Jihadisten heißt. Bis weit in die 1990er Jahre dominierten die Nationalisten in der jihadistischen Bewegung. Dies hatte auch damit zu tun, dass die ägyptischen Gruppierungen ihre Avantgarde bildeten und sehr stark auf ihr Heimatland fixiert waren. Erst als sich während eines Aufstands in Ägypten 1992–1997 abzeichnete, dass der Kampf gegen das Regime Mubarak nicht zu gewinnen war, orientierten sich die Nationalisten neu. Die meisten von ihnen verzichteten fortan auf Gewalt. Nur ein Teil der Jihad-Gruppe unter dem heutigen al-Qaida-Anführer Aiman al-Zawahiri beschloss, den Kampf über Ägypten hinaus auf die USA (den »fernen Feind«) auszuweiten, und schloss sich der al-Qaida an.

Die *klassischen Internationalisten* unter den Jihadisten führen in erster Linie den Kampf zur Befreiung von besetztem muslimischem Territorium. Diese Strömung stützt sich auf das klassische islamische Kriegsrecht, in dem festgehalten ist, dass muslimisches, von Nichtmuslimen erobertes Territorium in einem Jihad zurückgewonnen werden muss.

Der Palästinenser Abdallah Azzam (1941–1989) entwickelte die moderne Version dieser Ideologie während des Afghanistankrieges in den 1980er Jahren. Er plante, dem Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan eine Reihe von »Heiligen Kriegen« überall dort folgen zu lassen, wo »Ungläubige« muslimisches Territorium erobert hatten. Primär ging es ihm um Palästina, aber er hatte auch andere Staaten und Regionen im Blick, die es zu befreien

galt: die muslimischen Teile Zentralasiens, den Libanon und den Tschad, Eritrea, Somalia, die Philippinen, den damals sozialistischen Südjemen und das vor Jahrhunderten muslimische Spanien.

Nach 2001 gewann diese Strömung an Attraktivität, weil sie eine Rechtfertigung lieferte für den Kampf gegen amerikanische Interventionen in Afghanistan und im Irak, aber auch für den Kampf in Somalia, Tschechien und im Kaschmir.

Die *antiwestlichen Internationalisten* führen ihren Kampf hauptsächlich gegen die westliche Welt und haben in erster Linie die USA im Visier. Diese Denkschule geht insbesondere auf die saudi-arabischen Jihadisten zurück. Deren Protest gegen das enge Bündnis ihrer Regierung mit den USA hatte immer schon eine stark ausgeprägte anti-amerikanische Dimension, für sie fungierte die amerikanische Truppenpräsenz in Saudi-Arabien ab 1990 als eine Art Initialzündung.

Usama Bin Laden und seine al-Qaida wurden ab Ende der 1990er Jahre zu den wichtigsten Verfechtern des antiwestlichen Internationalismus. Sie beschränken sich nicht auf den Kampf gegen die USA, Israel und ihre Verbündeten, sondern versuchen, die Nationalisten und klassischen Internationalisten in ihre Organisationen und Netzwerke zu integrieren. Bis 2001 stießen sie auf massiven Widerstand der anderen Denkschulen, weil viele Ägypter, Algerier und Libyer nicht bereit waren, ihre Kampagne gegen den nahen Feind dem gegen den fernen Feind unterzuordnen. Erst nach 2001 setzte sich der antiwestliche Internationalismus allmählich durch und zog viele nationalistische oder klassisch internationalistisch orientierte Jihad-Salafisten auf seine Seite.

Salafismus und Wahhabiya

Der moderne Salafismus ist maßgeblich von der saudi-arabischen Wahhabiya beeinflusst worden. Mit diesem Begriff wird eine sunnitische Reformlehre bezeichnet, die in Saudi-Arabien faktisch zur Staats-

religion geworden ist. Ihre Lehren sind weitgehend identisch mit denen des modernen Salafismus.

Die Wahhabiya ist nach ihrem Gründer benannt, dem Religionsgelehrten Muhammad b. Abdalwahhab (1703–1792). Kennzeichnend für ihre Ideologie ist insbesondere eine scharfe Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen. Als gläubig gilt dabei nicht der gewöhnliche Muslim, sondern nur derjenige, der die Verhaltensvorschriften der Wahhabiya minutiös befolgt und ihre theologischen Ansichten vorbehaltlos teilt. Dabei geben die Wahhabiten ebenso wie die Salafisten vor, dem Musterbild einer muslimischen Ur- und Idealgesellschaft nachzueifern, wie sie im 7. und 8. Jahrhundert in Mekka und Medina bestand. Ihre Anhänger glauben in Koran und Sunna ein detailgetreues Abbild der idealisierten Frühzeit gefunden zu haben und versuchen unerbittlich, Gottes Gebote wortgetreu in die Tat umzusetzen.

Diese Vorstellungen haben die modernen Salafisten (in unterschiedlicher Ausprägung) von den Wahhabiten übernommen. Die meisten von ihnen orientieren sich an den Lehren wahhabitischer Gelehrter in Saudi-Arabien, wie dem ehemaligen saudi-arabischen Großmufti Ibn Baz (1912–1999) und dem nicht minder prominenten Ibn Uthaimin (1929–2000).

Politisch problematisch ist die Wahhabiya als offizielle Islaminterpretation des saudi-arabischen Staates vor allem aus zwei Gründen:

► Erstens ist die Wahhabiya dank gezielter Religionspolitik expandiert. Seit Anfang der 1960er Jahre nutzten die wahhabitischen Gelehrten ihren Einfluss in Saudi-Arabien und die (auch finanzielle) Unterstützung der Regierung in Riad, um ihre Lehre weltweit zu verbreiten. Die saudi-arabische Regierung verfolgte mit dieser Unterstützung zunächst die Absicht, dem panarabischen Nationalismus des ägyptischen Präsidenten Gamal Abd an-Nasir (Nasser, 1918–1970) ideologisch entgegenzutreten. Die Gelehrten sahen die Gelegenheit, gemeinsam mit Angehörigen der

ägyptischen und syrischen Muslimbruderschaft eine wenn auch nicht rein wahhabitische, aber doch zumindest sehr konservative Islaminterpretation zu fördern. Die Stärkung salafistischer Strömungen war die Folge.

Zur Verbreitung ihrer Lehre nutzten die Wahhabiten insbesondere die 1962 gegründete Islamische Weltliga (mit Sitz in Mekka) und ihre zahlreichen Unter- und Nebenorganisationen. Die 1961 gegründete Islamische Universität von Medina holt ausländische Studenten meist mit Stipendien nach Saudi-Arabien und schickt sie nach Abschluss ihres Studiums in ihre Heimatländer zurück. Dort gründen sie ebenfalls mit finanzieller Unterstützung aus Saudi-Arabien Religionsschulen oder ähnliche Einrichtungen. In allen salafistischen Bewegungen weltweit haben zahlreiche Absolventen der Islamischen Universität Medina prominente Funktionen inne. Schwerpunkte wahhabitischer Missionstätigkeit sind Ost- und Westafrika, Süd- und Südostasien, aber auch auf dem Balkan und in der westlichen Diaspora sind saudi-arabische Financiers und Missionare aktiv. Wenn sich wahhabitisch geschulte Prediger gegen lokale religiöse Traditionen stellen, kommt es immer wieder zu Konflikten. Der Islam saudi-arabischer Prägung gilt deshalb und wegen der häufigen Verletzung von Grundrechten vielen Regierungen in Europa als extremistisch.

► Zweitens kritisieren strenggläubige Wahhabiten immer wieder die prowestliche außenpolitische Orientierung des saudi-arabischen Staates. Das war mehrfach Anlass für Konflikte und führte letzten Endes zur Radikalisierung Bin Ladens und zur Entstehung von al-Qaida. Die starke Stellung der Wahhabiya verhindert wiederum politische Reformen. Die Religionsgelehrten tragen zur Legitimierung der Herrschaft bei und die Herrscherfamilie gewährt ihnen im Gegenzug Einfluss auf Religionspolitik, Erziehung und Justiz. Die Wahhabiten prägen so bis heute die politische Kultur des Landes, mit problematischen Folgen für das Verhältnis zu den

religiösen Minderheiten, in erster Linie den rund zwei Millionen dort lebenden Schiiten. Wahhabiten und Salafisten halten sie für Ungläubige und lehnen eine religiöse, kulturelle und politische Gleichberechtigung dieser Minderheit vehement ab.

Zwar nimmt die saudi-arabische Führung eine gemäßigtere Haltung ein, doch grenzen die Gelehrten ihren Handlungsspielraum ein. Der reformorientierte König Abdallah hat mehrfach versucht, zumindest die allerschlimmsten Diskriminierungen abzubauen und vereinzelte Signale der Entspannung zu senden. So dürfen Schiiten beispielsweise seit 2001 wieder neue Moscheen bauen – wenn auch unter strengen Auflagen –, was ihnen von 1913 an verboten war. Doch die Reformen sind begrenzt und haben nichts an der grundsätzlichen Benachteiligung der Schiiten geändert.

Salafisten in Deutschland

Die Salafisten sind in Deutschland zwar eine kleine Splittergruppe, unter den muslimischen Gruppierungen aber die am schnellsten wachsende. Hatten sie im Jahr 2001 noch wenige hundert Anhänger, sind es heute laut offiziellen Angaben 4000 bis 5000, wobei viele Fachleute von höheren Zahlen ausgehen. Es gibt in Deutschland zurzeit bis zu 50 salafistische Prediger, von denen jeder mindestens einige Dutzend Anhänger hat. Die Schwerpunkte salafistischer Aktivität liegen in den großen Städten Berlin, Hamburg, Frankfurt und Bonn, wo mehrere bekannte Geistliche in Moscheen predigen. Mit dem Anwachsen der Bewegung sind allerdings auch Zentren in kleineren Städten gegründet worden.

Der Aufstieg der Salafisten und ihre zunehmende politische Mobilisierung spiegeln neuere Entwicklungen in der arabischen Welt wider. So gibt es auch in Deutschland Vertreter aller oben genannten Kategorien. Allerdings sind die Puristen entweder schwach vertreten oder aufgrund ihrer apolitischen Ausrichtung nur wenig sichtbar. Einige Prediger wie beispielsweise

Hasan Dabbagh aus Leipzig behaupten, dieser Strömung anzugehören – was Vertreter der Sicherheitsbehörden jedoch bestreiten. Die Tablighi Jamaat ist in Deutschland jedenfalls nur eine Randerscheinung.

Die meisten Salafisten in Deutschland sind der Gruppe der politischen Salafisten zuzuordnen. Diese Strömung ist insbesondere seit 2005 angewachsen, als sich einige besonders effektiv agierende Populisten in der Szene durchsetzten. Zu einem regelrechten Star wurde der Konvertit Pierre Vogel, der mit dem Verein »Einladung zum Paradies« große Popularität erlangte, wegen seiner verhältnismäßig moderaten Einstellung zu politischer Gewalt aber unter zunehmenden Konkurrenzdruck geriet. Ähnliches gilt für Muhammad Ciftci aus Braunschweig, den bekanntesten türkischen Prediger und geschultesten salafistischen Theologen in Deutschland.

Eine Art »rechter Flügel« des politischen Salafismus macht mittlerweile in besonderem Maße von sich reden. Seine Anhänger sind in einer Gruppe namens »Die wahre Religion« organisiert, die von dem Kölner Geschäftsmann Ibrahim Abou Nagie angeführt wird. Sie waren die treibende Kraft hinter der Koranverteilungsaktion in deutschen Städten im April 2012. Dabei halten sie politische Gewalt im Stile der Jihadisten zumindest unter bestimmten Umständen für legitim, wollen aber keine Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Verfolgung liefern.

Die deutschen Salafisten sind vor allem zum Problem geworden, weil alle aus der Bundesrepublik kommenden Jihadisten, die sich in den letzten Jahren terroristischen Organisationen wie al-Qaida angeschlossen haben, salafistische Moscheen besuchten und/oder entsprechenden Gruppen angehörten. Die Zahl der jihadistischen Salafisten in Deutschland summiert sich mindestens auf mehrere Hundert.

Salafismus und deutsche Außenpolitik

Der Aufstieg der Salafisten in der arabischen Welt ist eine Herausforderung für die deutsche Nahostpolitik. Seitdem sie infolge des Arabischen Frühlings 2011 die ersten Versuche macht, Antworten auf den Bedeutungszuwachs der Muslimbruderschaft und anderer Islamisten zu finden, dürfte der Umgang mit Salafisten sie mit weiteren Fragen konfrontieren. Es wäre grundsätzlich sinnvoll, frühzeitiger den Umgang mit den Salafisten zu erproben, als dies bei den Islamisten der Fall war – wo die deutsche Politik erst reagierte, als deren wachsender Einfluss 2011 nicht mehr zu übersehen war.

Wo Salafisten sich wie in Ägypten, Tunesien und Libyen als politische Kräfte etablieren, wird es kaum zu vermeiden sein, Kontakte aufzubauen, und sei es auch nur, um die Salafisten besser kennenzulernen. Denn nur so wird eine sichere Bewertung möglich sein. Ob Salafisten gar zu Partnern deutscher Politik werden können, muss sich in der Praxis erweisen. Derzeit ist es beispielsweise eine offene Frage, inwieweit Salafisten die Teilnahme an Wahlen auch künftig befürworten und bereit sind, sich konstruktiv an politischen Prozessen zu beteiligen.

Syrien

Im syrischen Fall gewinnt die Frage nach dem Umgang mit Salafisten noch größere Bedeutung. Obwohl die Quellenlage insgesamt schlecht ist, gibt es doch zahlreiche Hinweise darauf, dass die Salafisten einen Teil der Aufständischen stellen und ihre Anhänger auch mit Waffengewalt gegen das Asad-Regime vorgehen. Der wichtigste Anführer der Salafisten im Land ist der bei vielen Sunniten populäre Gelehrte Adnan al-Arur (geboren 1948). Auch Jihadisten nehmen an den Kämpfen teil und verüben immer häufiger Anschläge auf staatliche Stellen. Die Sorge, dass Salafisten und Jihadisten an Einfluss gewinnen, ist einer der Gründe, warum mehrere westliche Regie-

rungen die Opposition nur sehr zögerlich unterstützen.

Tatsächlich befindet sich die westliche Politik in einem Dilemma. Einerseits kann nur ein Regimewechsel den Verbrechen gegen die syrische Bevölkerung ein Ende setzen. Andererseits könnte eine Unterstützung der Opposition mit Geld und Waffen einem offenen religiös-ethnischen Bürgerkrieg Vorschub leisten. Es wäre höchst gefährlich, eine Bewegung zu unterstützen, in der Salafisten stark vertreten sind oder sein werden. Die Salafisten sind auch in Syrien radikal antischiitisch, was zu Auseinandersetzungen mit den Alawiten führen wird, sollten die Salafisten weiter erstarken. Hinzu kommt, dass auch die syrische Muslimbruderschaft auf eine ausgeprägt antischiitische und antialawitische Geschichte zurückblickt, die auf die Gefahr einer religiös-konfessionellen Zuspitzung verweist. Ob gegenwärtige Bemühungen der Muslimbruderschaft um gemäßigte Positionen einen Abbau der Spannungen zwischen den Islamisten und den Minderheiten nach sich ziehen werden, ist noch nicht abzusehen.

Es kommt hinzu, dass mit Katar zumindest ein wichtiger regionaler Akteur die syrischen Salafisten (und auch die dortigen Muslimbrüder) unterstützt. Wie gefährlich das ist, zeigte sich bereits im libyschen Fall, wo Katar gezielt Salafisten und Islamisten unterstützte. Als Folge haben religiös-ideologische Konfliktlinien an Bedeutung gewonnen, was die Konsolidierung des Staates erschwerte. Wenn der Konflikt in Syrien eskaliert, dürfte Katar dieselben Kräfte als lokale Verbündete identifizieren und damit einen Bürgerkrieg fördern. Diese Ausgangslage und die starke Stellung der Muslimbruderschaft machen eine Unterstützung der Opposition in Syrien zu einem heiklen Unterfangen.

Saudi-Arabien

Der Aufstieg der Salafisten wirft nicht zuletzt die Frage auf, wie mit Saudi-Arabien als ihrem wichtigsten Ursprungsland umgegangen werden soll. Die Förderung der

Salafisten durch »gouvernementale Nichtregierungsorganisationen« sorgt in vielen Ländern für religiöse und religionspolitische Spannungen. Die Gefahren dieser Förderung scheinen den saudi-arabischen Politikern aber entweder nicht klar zu sein, weil sie tatsächlich überzeugt sind, »den wahren Islam« zu unterstützen – oder sie fürchten innenpolitische Konsequenzen, die ihnen drohen könnten, wenn sie der Wahhabiya die Missionierung untersagen. Tatsächlich wären Schritte in diese Richtung riskant und könnten schlimmstenfalls einen Bruch mit den wahhabitischen Gelehrten zur Folge haben. Daraus erklärt sich, dass es meist bei kosmetischen Reformen bleibt.

Deutschland sollte seine Politik dieser Ausgangslage anpassen: Saudi-Arabien ist in der herkömmlichen Außenpolitik, in Wirtschafts- und Energiefragen ein verlässlicher und potentiell wichtiger Partner, mit dem die Bundesregierung seit 2003 die Beziehungen zielstrebig ausgebaut hat. Deutschland sollte diesen Kurs fortsetzen. Gleichzeitig ist die saudi-arabische Innen- und Religionspolitik höchst problematisch und macht Saudi-Arabien zu einer Quelle der Instabilität. Deutsche Politik sollte reagieren, indem sie bestehende Kontakte nutzt, um saudi-arabischen Politikern vor Augen zu führen, dass ihre Förderung salafistischer und islamistischer Gruppen weltweit religiöse Konflikte schürt. Innerhalb der EU sollte diese Salafismus-Förderung strenger überwacht und wo möglich weiter eingeschränkt werden.

Auch das Schiitentema sollte in den deutsch-saudi-arabischen Beziehungen zur Sprache kommen. Denn die saudi-arabische Politik gegenüber den religiösen Minderheiten, insbesondere den Schiiten, verschärft konfessionelle Konflikte nicht nur in Saudi-Arabien, sondern in der gesamten Golfregion. Deutsches Interesse sollte es sein, diese Konflikte zu entschärfen, und das sollte gegenüber Riad immer wieder verdeutlicht werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364